

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien
Austria
Per email: marktregeln@e-control.at

19.04.2012

Betreff: Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung des Vorstandes der E-Control zu Regelungen zum Gas-Marktmodell (Gas-Marktmodell-Verordnung 2012)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir übermitteln tieferstehende Stellungnahme zum obgenannten Entwurf:

Konkretes zum Entwurf einer Gas-Marktmodell-Verordnung 2012

Zu den Begriffsbestimmungen:

Aus unserer Sicht ist der Begriff „Bilanzierungsperiode“ durch den Begriff „Messperiode“ zu ersetzen.

§ 2. (1) Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Messperiode“ den Zeitraum von 24 Stunden des Gastages in der die Abweichung zwischen Aufbringung und Abgabe einer Bilanzgruppe ermittelt wird.

Begründung: Bereits im § 7 Abs 1 Zif 2 GWG 2011 ist die Ermittlung der Ausgleichsenergie als Differenz der Aufbringung und der Abgabe je definierter *Messperiode* zu ermitteln. Im Sinne der einheitlichen Regelung in Gesetz und Verordnung haben die Ausführungsverordnungen zum Marktmodell daher die Messperiode weiterhin zu definieren.

Zu den Vertragslaufzeiten:

§ 8. (1) An den Grenzen zu anderen Staaten sind 20 Prozent der technischen Jahreskapazität eines Einspeisepunktes für Kapazitätsprodukte reserviert,...

Begründung: Es muss davon ausgegangen werden, dass die technische Kapazität einer Anlage klar ist, der Zusatz *Jahres-* Kapazität ermöglicht keine weitere Differenzierung (kein informativer Zusatz) und ist zur Vermeidung von Auslegungsunterschieden und Missverständnissen zu streichen.

Zum Netzzugang für Speicherunternehmen, Produzenten und Erzeuger von biogenen Gasen:

§ 16. (1) Speicherunternehmen vereinbaren gemäß § 27 GWG 2011 einmal jährlich das für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem Netzbetreiber, an dessen Netz die Speicheranlage angeschlossen ist (oder angeschlossen werden soll), die für die Ein- und Ausspeisung maximal vorzuhaltende feste Kapazität benötigten vertraglich vereinbarten Leistungen. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, die zuletzt gebuchte feste Kapazität für das Folgejahr dauerhaft vorzuhalten. Eine Reduktion der jährlichen Buchung gegenüber der dauerhaft vorzuhaltenden Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem der Netzbetreiber diese Kapazität an anderer Stelle vermarkten kann. Eine Erhöhung der jährlichen Buchung gegenüber der vorgehaltenen festen Kapazität ist im Wege des Netzzugangsantrags gemäß § 16 möglich.

Begründung: Der Gesetzgeber hat im § 27 keine zusätzlichen Bedingungen für die Gewährung des Netzzugangs für Speicherunternehmen gegenüber anderen Netzbenutzern geregelt. Völlig missverständlich wäre die Regelung der Vermarktung einer für einen konkreten Einspeisepunkt gebuchten (vertraglich abgeschlossener Netzzugang für einen Punkt; siehe auch Analogie in § 2 Abs 1 Zif 2) an einer anderen Stelle?

Unklar ist, warum jährlich die Kapazität von neuem vereinbart werden soll, wenn einerseits die Alternativvermarktung einen Widerspruch in sich darstellt und eine Kapazitätserhöhung über einen Netzzugangsantrag (jederzeit) nach § 13 möglich ist.

§ 17. Produzenten und Erzeuger vom biogenen Gasen vereinbaren ~~einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr~~ mit dem Netzbetreiber an deren dessen Netz deren Anlage angeschlossen ist (bzw. angeschlossen werden soll) ~~maximal für die Produktion vorzuhaltende Kapazität.~~ benötigten vertraglich vereinbarten Leistungen. Folgesatz streichen.

Begründung: Wie zu § 16 Abs. 1. Darüber hinaus liegt es in der Natur der Sache, dass Erdgasfelder enden und die Produktionsraten im Laufe der Zeit rückläufig sein werden. Die Verpflichtung der Marktteilnehmer allenfalls die Kapazität für ein bereits ausgefördertes Feld auf alle Zeiten aufrecht zu erhalten erscheint unverständlich, zumal auch (industrielle) Endverbraucher die Kapazität für ihren Standort auch nach Produktionsschließung ebenfalls nicht aufrecht erhalten. Der Gesetzgeber hat derartige Verbindlichkeiten jedenfalls nicht vorgesehen.

Zu den Grundsätze des Bilanzierungssystems:

§ 18. (5) Die ~~Bilanzierungsperiode~~ *Messperiode* ist der Gastag.

Begründung: Für die Bilanzierung und Ermittlung der Ausgleichenergie soll der gesetzliche Begriff zur Anwendung kommen und nicht stattdessen ein neuer Begriff, der im Gaswirtschaftsgesetz nicht vorkommt.

§ 20. (1) Eine Bilanzgruppe kann aus folgenden Bilanzgruppenmitgliedern bestehen:

1. Endverbraucher
2. Erdgasunternehmen
3. Produzenten
4. Speicherunternehmen

Begründung: Im Sinne des Gesetzes sind Speicher Netzbenutzer, daher müssen ihre Ein- und Ausspeisepunkte (so wie Produzenten) einer Bilanzgruppe zugeordnet werden, andernfalls ist ein Clearingschluß nicht möglich.

Zu den Informationsflüssen zwischen Marktteilnehmern:

Nachstehender Satz hat zu entfallen:

~~§ 31. (3) 1. Die stündliche Veröffentlichung des Marktgebietssaldos auf seiner Online-Plattform.~~

Begründung: Die Versuchung gegen den Marktgebietssaldo (insbesondere gegen das Linepack) zu spekulieren, auf dessen Basis Marktgebietsmanager und Verteilergebietsmanager nach § 41 Abs 7 Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen haben, darf nicht unterstützt werden. Leidtragende wären letztlich die Endverbraucher (Konsumenten Gewerbliche und Industrie). Daher sollte das Marktmodell 2012 ohne Veröffentlichung starten bzw. keine Verpflichtung etablieren, die erst durch Novellierung einer Verordnung zurückgenommen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ing. Thomas Kettl

Geschäftsführung Tauerngasleitung GmbH